



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger*innenbrief

19. September 2023

Trauer um Mario Bloem +++ Gendern mit Sternchen +++ Lage an den Hamburger Gymnasien +++ Bildungstesttag +++ Unser Plan 2025: Beiträge zum Comeback einer starken Linken +++ Die zwanziger Jahre im Fokus



In Hamburg zirkulierender Flyer, angeblich von P. Tschintcher, Rathausstraße

Liebe Leserinnen und Leser,

»ohne sofortige drastische Minderungen der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen wird das Ziel, unter 1,5 Grad durch Menschen verursachte Erderwärmung zu bleiben, bereits in den 2030er-Jahren gerissen.«¹ Diese erschütternde

¹ NDR-Meldung vom 21.3.2023, www.ndr.de/nachrichten/info/epg/15-Grad-Ziel-gescheitert-Was-muessen-wir-jetzt-fuers-Klima-tun,sendung1332596.html.

aber kaum jemanden wirklich überraschende Meldung des Weltklimarates machte im März 2023 die Runde. Wir stellen die Frage: Und? Was ist seitdem passiert? Wie ernst nimmt der Senat diese Hiobsbotschaft? Nicht besonders, wie einem zurzeit kursierenden Handzettel einer ungenannten Initiative zu entnehmen ist. Und Recht hat sie: Nicht maximal 1,5 Grad Erderwärmung werden wir bis 2050 erleben, die Politik

des Senats sorgt bis dahin vielmehr für einen Temperaturanstieg von 3,5 Grad, durch enorme CO₂-Emissionen infolge der überflüssigen Verlegung des Bahnhofs Altona zum Diebsteich, den geplanten, mit derzeit 12 Milliarden Euro (!) angesetzten Verbindungsbahntunnel (VET) zwischen Hauptbahnhof und Altona, den Neubau der gigantischen Sternbrücke und der noch gigantischeren U5, den Ausbau der A26 Ost und vieles an ebenfalls mehr als fragwürdigen Projekten mehr. »Durch all diese Maßnahmen garantieren wir,« so die Flugblattschreiber*innen, »dass jede Menge CO₂ in die Atmosphäre ausgestoßen wird. Wir scheuen dabei keine Kosten von vielen Milliarden Euro und subventionieren Großinvestoren. Durch Einsparungen im sozialen Bereich können wir dies querfinanzieren. Deshalb sind wir optimistisch: 3,5 Grad Erderwärmung bis 2030! Wir schaffen das! Hamburg muss Spitzenreiter beim Klimawandel werden!«

15.000 Menschen laut Polizei, 22.000 nach Angaben der veranstaltenden Gruppe Fridays for Future waren am vergangenen Freitag alleine beim »globalen Klimastreik« in Hamburg dabei, darunter viele Mitglieder und Abgeordnete der LINKEN. Das macht Mut. Als »Training für die Demokratie« hat Herbert Grönemeyer das im Vorfeld der Demonstration bezeichnet. »In den Zeiten, in denen Populisten immer

stärker werden, müssen wir alle trainieren, was Widerstand heißt.« In Hamburg haben wir dazu gute Möglichkeiten. Und eine existenzielle Herausforderung!

Mit dieser Aussage melden sich die Herausgeberinnen und die Redaktion des »Bürger*innenbriefes« aus der Sommerpause zurück. Wir haben dieses Mal einen Schwerpunkt dahingehend gewählt, den Blick auf DIE LINKE als Partei zu richten. Viel, allzu viel ist in den letzten Monaten über deren Krise, die drohende Spaltung und allerlei Halbseidenes zu lesen und zu hören gewesen. Wir erlauben uns, in diesem BB einige Dokumente aus der LINKEN zu bringen, O-Töne, die nur selten in der Presse Erwähnung finden.

Wir freuen uns wie immer über Reaktionen aus der Leser*innenschaft, ganz besonders auch mit Blick auf ein kleines Jubiläum: Die vorliegende Ausgabe ist der 198. Bürger*innenbrief seit seiner ersten Nummer im Frühjahr 2008. Vielleicht animiert das den einen oder die andere, uns für die 200., planmäßig im November erscheinende Ausgabe ein paar Zeilen zu schreiben.

Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus
Michael Joho und Hanno Plass



Von Fridays for Future am 19. März 2021 auf der Mönckebergstraße aufgebracht Slogan »Wir alle für 1,5 Grad« – vom Senat gebilligt und ... missachtet (Foto: Michael Joho)

Wir trauern um den Stadtplaner und kritischen Zeitgenossen, unseren Weggefährten Mario Bloem (10.3.1962 bis 2.9.2023)

Abschied von Mario Bloem

Von Heike Sudmann



Völlig unerwartet ist Mario Bloem im Alter von nur 61 Jahren verstorben. Mit Mario, der an der Technischen Universität Hamburg-Harburg einer der ersten Student*innen des Studienganges der Stadtplanung war, verbindet mich seit sehr vielen Jahren eine enge und freundschaftliche Zusammenarbeit. Sein plötzlicher Tod macht die vielen Freund*innen, Wegbegleiter*innen, Stadtteilaktivist*innen und mich fassungslos.

Marios Zugewandtheit und Engagement waren unermesslich. Mit tollen Ideen hat er immer wieder gezeigt, dass eine andere Stadtentwicklung möglich ist. Sei es im Karoviertel, wo er so lange lebte, oder auch darüber hinaus. Vielen Initiativen stand er unermüdlich hilfreich zur Seite, wenn es darum ging, Planungen zu entwickeln, die sich am Stadtteil und den Bewohner*innen und nicht an Investor*innenwünschen orientieren. So entwickelte Mario z.B. für die Umnutzung der Rindermarkthalle, für den Erhalt des Altonaer Fernbahnhofs oder die Bebauung des Holstenareals konstruktive und realisierbare Alternativen.

Im Streit um den Abriss des Restaurants »Maharaja« an der Budapester Straße hat Mario mit unendlicher Mühe und Arbeit Hintergründe zu den Investor*innen erforscht und aufgedeckt, mit Anwohner*innen zusammen in der Initiative »St. Pauli Code jetzt« bunte Protestaktionen organisiert

und aufgezeigt, weshalb ein Büroklötz hier nicht hingehört. Mario verstand es wie kein*e andere*r, seine Visionen und Ideen darzustellen und zu erklären. Mit seiner Kreativität und Begeisterung hat er viele Menschen mitgerissen und angesteckt. Seine positive Energie und Zuversicht ermutigten immer zum Weitermachen.

Theo Bruns von »knallt am dollsten« schrieb zu Marios Tod: »Er hatte einen Horizont und Weitblick, die der herrschenden, an Investoreninteressen orientierten Politikauffassung so bitter fehlen. Die Quintessenz seines Schaffens war: There is an alternative!« In einem Interview mit der taz (<https://taz.de/Stadtplaner-Mario-Bloem-ueber-Glucke/!5271728/>) machte er einmal den wunderbaren Vorschlag, Stadtentwicklung mit der Glücksforschung zu verknüpfen. Sein Vermächtnis ist für uns die Verpflichtung, weiter in seinem Sinne für eine bessere Welt und eine solidarische Stadt der Zukunft einzutreten und engagiert zu streiten. Sein Alternativentwurf für das zukünftige Holstenquartier ist dabei ein wertvoller Baustein. (www.knallt-am-dollsten.de/2023/09/im-gedenken-an-mario-bloem-1962-2023-holstenquartier-revised/)

Dass Mario friedlich und zuversichtlich gegangen ist, tröstet etwas. Sein Platz in unseren Herzen bleibt, seine Ideen und Visionen tragen uns weiter.

Vom Doppelpunkt zum Sternchen: Gendergerechter Bürger*innenbrief

Von Heike Sudmann

In unseren Texten haben wir jahrelang das große Binnen-I verwandt, um eine geschlechtergerechte (Text-) Sprache zu gewährleisten. Aus dem Binnen-I wurde später der Unterstrich, dann der Doppelpunkt.

Die Diskussion darum, welche Textform und welches Satzzeichen die Diversität im Text am besten sichtbar macht und zur Sprache bringt, ist und bleibt aktuell. Die Positionen dazu verändern sich laufend. Auch bei uns.



Um die Vielfalt von Gender zu symbolisieren und um eine möglichst barrierefreie Lösung z.B. für Blinde und Sehbehinderte beim Vorlesen von Texten durch Screenreader zu erreichen, hatten wir uns im Jahr 2020 für die Verwendung des Doppelpunktes entschlossen. Diese Einschätzung zur Barrierefreiheit ist so nicht mehr richtig. Der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband und andere Verbände empfehlen mittlerweile, mit Sternchen zu gendern. Dieser Empfehlung kommen wir gerne nach und verwenden ab jetzt das Sternchen. Das zu Eurer/Ihrer Information, liebe Leser*innen.



Ein kurzes Minderheitenvotum dazu

Von Michael Joho

Ich habe in den vergangenen Jahren erleben müssen, mit welcher Nonchalance mal eben Eingriffe in der Schriftsprache vorgenommen wurden. Vorneweg im BB und in nur kurzer Zeit: vom »I« über den »_« und den »:« nun also zum »*«. Sicher aus guten, gendergerechten Gründen. Ich möchte trotzdem meinen Widerspruch geltend machen, nicht nur aus optischen Gründen, sondern vor allem auch, weil ich Sprache als gewachsenes Gemeingut empfinde. Klar, Änderungen daran gehören in einer dynamischen Welt, allemal in einer auf Gerechtigkeit ausgerichteten Bewegung, unbedingt dazu. Aber sie allzu schnell vorzunehmen, das entfremdet einen Teil der Menschen von ihrer Sprache und sorgt für Ablehnung.



Die Lage der Gymnasien in Hamburg

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass



Darum geht's: Eine Schule für alle (beide Fotos: Hanno Plass)

Im letzten Jahr brachte unsere Große Anfrage zur Lage der Stadtteilschulen wichtige und interessante sozio-ökonomische Daten und Fakten ans Licht, die ein weiteres Mal aufzeigten, dass das sogenannte Zwei-Säulen-Modell aus Gymnasien und Stadtteilschulen ab Klasse 5 zutiefst sozial ungerecht, spaltend und ausgrenzend wirkt. Wir berichteten dazu im »Bürger*innenbrief« vom 17. Mai 2022.¹

In diesem Jahr stellten wir nun komplementär dazu eine Große Anfrage zur Lage der Gymnasien.² Wir wollten näher erfahren, wie jedes einzelne Gymnasium arbeitet und aufgestellt ist. Zum Ersten lässt sich festhalten, dass die Gymnasien en gros auf der Sonnenseite des Zwei-Säulen-Systems der schulischen Spaltung stehen: Sie bilden die Schulen der Elite. Zum anderen muss man aber auch festhalten, und das ist eine hochinteressante Erkenntnis, dass die Spaltung und die Ungleichheit des Schulsystems auch innerhalb der Schulform Gymnasium angekommen sind.

Der Reihe nach: Nach wie vor gibt es von den 64 Gymnasien keines mit dem niedrigsten Sozialindex 1, mehrheitlich haben sie einen hohen Sozialindex: 18 Gymnasien mit Sozialindex 4, 20 Gymnasien mit Sozialindex 5, 17 Gymnasien mit Sozialindex 6. Auf diese Schulen gingen im vergangenen Schuljahr, auf das sich unsere Große Anfrage bezog, 55.300 Schüler*innen. (Im aktuellen Schuljahr sind es 1.900 Schüler*innen mehr, 57.200).³

Die sogenannte Schullaufbahnpflicht in der 4. Klasse ist nicht bindend und drückt eher ein Zufallsprinzip oder eine Zuschreibung der Lehrkräfte aus.⁴ Und so gehen in der 5. Klasse nur 20% Schüler*innen ohne Gymnasialempfehlung aufs Gymnasium.

Insgesamt ähnlich der Stadtteilschule beträgt der Gesamtanteil von Schüler*innen mit sogenanntem »Migrationshintergrund« an den Gymnasien 43,7%. Doch dabei ist eine enorme Spreizung unter den Gymnasien festzustellen. Das Maximum beträgt 91,6%, das Minimum 20,4%. Es kann angenommen werden, wenngleich eine wirklich belastbare Prüfung aussteht, dass der Migrationshintergrund dort, wo er mit Armut gekoppelt ist, ein erschwerender Faktor für den Bildungserwerb ist. (Und umgekehrt: dort wo Geld vorhanden ist, wirkt es ebenfalls unabhängig vom Migrationshintergrund.) Weitaus massiver wirken sich die sozioökonomischen Lagen aus.⁵ Diese können mit der Herkunft verbunden sein, siehe die Geflüchtetenbeschulung, von denen die wenigsten Schüler*innen ihre Schullaufbahn auf einem Gymnasium fortsetzen.⁶

Die soziale Spaltung, abgebildet in dem Status des Wohngebiets der Schüler*innen, ist in Hamburg hoch und kaum überraschend kommen die Gymnasiast*innen eher aus den

¹ www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2022/06/BB-186vom17-5-22.pdf.

² Drs. 22/12246 vom 11.7.2023, www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/84165/zur_lage_der_gymnasien_in_hamburg.pdf.

³ Neuer Rekord: 270.440 Schülerinnen und Schüler - hamburg.de

⁴ »Die Botschaft lautet: Du bist nicht schlau genug« - taz.de, Diskriminierung an Schulen erkennen und vermeiden (antidiskriminierungsstelle.de), Diskriminierung im Bildungsbereich und im Arbeitsleben (antidiskriminierungsstelle.de).

⁵ Auch Marcel Helbig sieht einen solchen Befund als berechtigt an, anhand der Auswirkungen der Coronapandemie: p23-001.pdf (wzb.eu).

⁶ BB_Sudmann_Boeddinghaus_2023-03_web.pdf (linksfraktion-hamburg.de), internationale_vorbereitungsklassen_was_kommt_danach_nachfrage_zu_drs_22_10007.pdf (buergerschaft-hh.de).



gutbetuchten Stadtteilen. Im Schuljahr 2022/23 war der Sozialstatus bei 25,8% der Gymnasiast*innen hoch, bei 60,4% mittel, bei 4,88% niedrig und bei 7,20% sehr niedrig. Ein Gymnasium hat keine Schüler*innen aus einem **hohen Wohngebiet**; 22 von 63 Gymnasien (35%) haben einen Anteil von unter 10 % aus einem **hohem Wohngebiet**. Der Anteil von Schüler*innen aus reichen Wohngebieten variiert zwischen 0 %, 0,1%, 1,0% bis zu 73,4 %, 76,8% und dem Maximum von 77,1%. Dabei sind 25 Gymnasien (39,68%) mit weniger und gleich einem Prozent von Schüler*innen aus einem Wohngebiet mit niedrigem und sehr niedrigem Sozialstatus. Bei den 59 Stadtteilschulen verhält es sich in ähnlichen Proportionen genau umgekehrt. Wobei die wenig differenzierte Kategorie des Sozialstatus' eines Wohngebiets »Mittel« an sozioökonomischer Lage mehr verschleiert als erkennen lässt.

Auch wird die soziale Spaltung mit Blick auf das Bildungs- und Teilhabe-(BuT)-Paket des Bundes deutlich. Der Durchschnitt der Gymnasial-Schüler*innen mit Bezug von Leistungen aus dem BuT-Paket beträgt im Schuljahr 2022/23 6,5%. Es zeigt sich, wenig überraschend, auch hier eine Diskrepanz unter den Gymnasien nach Sozialindexen: Bei Schulen mit Sozialindex 2 liegt der Anteil zwischen 16,2 und 33,9% (dem Maximum); hingegen bei Sozialindex 6 maximal bei 3,7%, minimal bei 0,5%.

Während rund ein Viertel der Schüler*innen der vier Gymnasien mit Sozialindex 2 BuT-Leistungen beziehen, sind es bei den 17 Gymnasien mit Sozialindex 6 lediglich 1,9%.

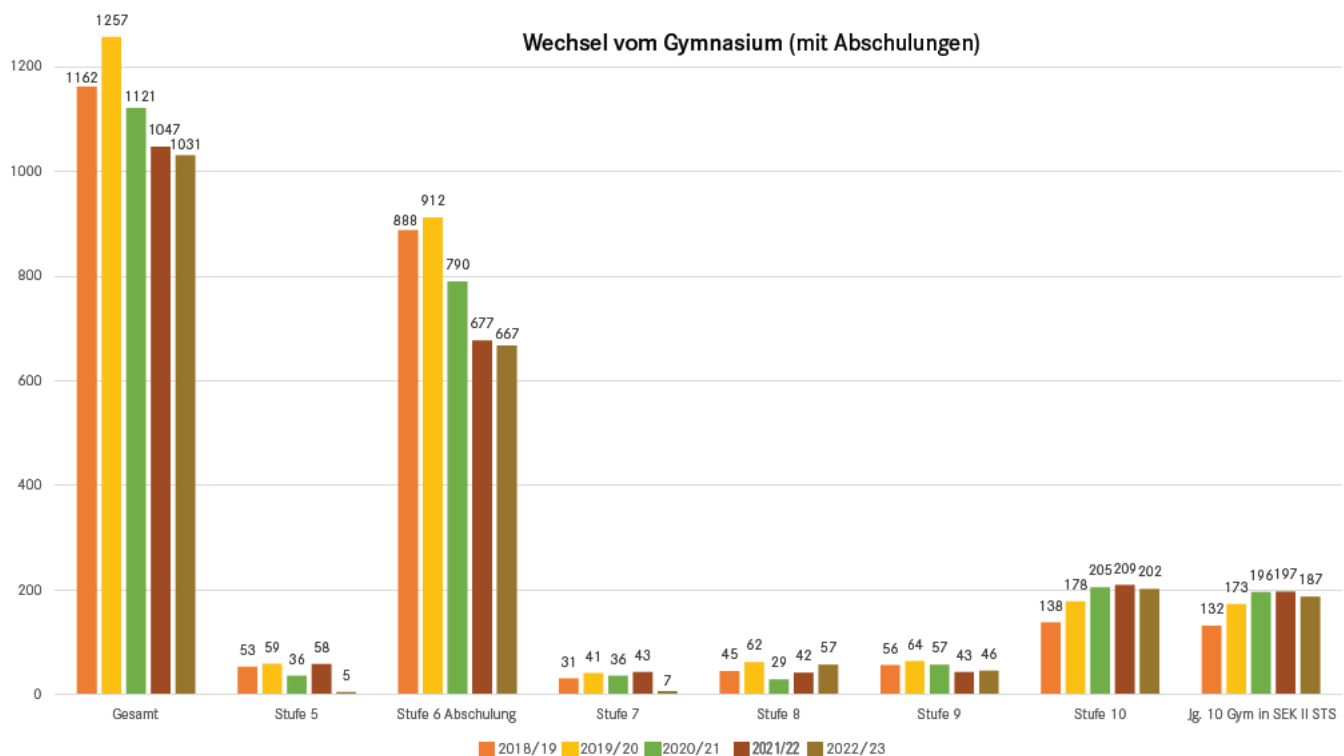
Hinsichtlich des Anteils der inklusiven Arbeit wird die Ungerechtigkeit zwischen den Schulformen überdeutlich. Gymnasial-Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind durchschnittlich 0,5% der Schüler*innenschaft.

Doch zugleich ist die Disparität zwischen den einzelnen Schulen hoch. Sechs Gymnasien haben keine*n Schüler*in mit Förderung nach § 12, neun Gymnasien haben 1%, ein Anteil, der sich bis zum Maximum von 2,7% von Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf steigert.

Der Anteil der Schüler*innen mit Sprachförderung nach § 45 Hamburgisches Schulgesetz (HmbSG) an Gymnasien betrug im Schuljahr 2022/23 nur 4%. Dabei gab es 15 Gymnasien ohne Schüler*innen, die Sprachförderung erhielten. Der Anteil derer, die Sprachförderung erhielten, ist wieder sehr ungleich verteilt: über 20% waren es an zwei Gymnasien (maximal 24,4%), an drei Gymnasien waren es über 10%, an 18 Gymnasien waren es mindestens 5% aber unter 10% der Schüler*innen; an 17 Gymnasien lag der Anteil unterhalb des Durchschnittswertes.

Auch die Lernförderung nach § 45 HmbSG verteilt sich, auf niedrigem Niveau, innerhalb der Gymnasien ungleichmäßig. Insgesamt belief sie sich im ersten Schulhalbjahr auf 6,9%. Dabei gibt es im Rückblick hohe Schwankungen zwischen den Halbjahren, was (so die Behörde für Schule und Berufsbildung in einer Antwort vor Jahren) mit dem Zeitpunkt der Beantragungen im Schuljahr zusammenhinge. An 37 Gymnasien liegt der Wert unterhalb des Durchschnitts, hohe Werte von 10 bis 31,7% (dem Maximum) an 15 Gymnasien, 0,0% bis 2,1% an 10 Gymnasien.

Abschulungen nehmen seit den Corona-Jahren ab, doch auch hier schwanken die Zahlen zwischen den Gymnasien. Einige Schulen schulen keine Schüler*innen ab (drei Gymnasien im Schuljahr 2022/23), andere in Klassenstärke oder mehr (25 bzw. 38 im Schuljahr 2022/23). Im Durchschnitt verweist jedes Gymnasium im letzten Schuljahr 2022/23 im



Durchschnitt 11,12 Schüler*innen der Schule. 25 Gymnasien schulen größergleich diesem Durchschnitt ab, 13 Gymnasien schulen unter 5 Schüler*innen ab.⁷

Die Schulformwechsel vom Gymnasium auf die Stadtteilschule (STS) nehmen tendenziell ab. Signifikant sind die Abschlüsse und der Wechsel nach Klasse 10 eines Gymnasiums in die Sekundarstufe II einer STS. 187 Schüler*innen vollzogen im Schuljahr 2022/23 diesen Schritt.

Andere Abschlüsse außerhalb des Abiturs finden am Gymnasium bis auf Ausnahmen kaum statt. Zu vernachlässigen ist die Zahl derer, die das Gymnasium mit einem Ersten Schulabschluss (ESA) und erweitertem ESA verlassen. Beim Mittleren Schulabschluss (MSA) schwankt der Anteil der Schulentlassenen unter den Schulen zwischen 0 und 23,9 %, wobei die 75 % am Struensee-Gymnasium im Schuljahr 2021/22 andere Gründe haben werden (wie eventuell das Ausweichquartier der Schule?). Mit der Fachhochschulreife verlassen, wenn überhaupt, nur selten mehr als 10 % der Schüler*innen die Schule. In der überwiegenden Mehrheit verlassen Schüler*innen das Gymnasium erst mit dem Abitur.

Immerhin gibt es laut Senat Gymnasien, an denen in diesem Schuljahr »zur Entlastung der Stadtteilschulen« in zehn Regelklassen für neu zugewanderte Schüler*innen der Erste sowie der Mittlere Schulabschluss gemacht werden kann.⁸

⁷ Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist das Minimum an Zahlenangaben mit <5 angegeben, was keine exakten Berechnungen zulässt.

⁸ Neuer Rekord: 270.440 Schülerinnen und Schüler - hamburg.de.

Die Wirklichkeit dringt in die Gymnasien, wie die Abnahme der Zahl der Abschlüsse während der Coronapandemie und die Klage der Gymnasien über die psychische Belastung ihrer Schüler*innen andeutet. Sie können sich ihr nicht mehr verschließen und müssen vollumfänglich die Verantwortung für ihre Schüler*innen übernehmen. Dazu sollte sie das Prinzip der gegenseitigen Hilfe im Schulwesen verpflichten, mehr noch: Ihr Beitrag ist nötig, denn die Herausforderungen, vor denen das Schulsystem steht, bewältigt keine Schule allein.

Unser Fazit ist, dass die gesellschaftlichen Herausforderungen der Inklusion und der Integration so immens sind, dass sich an deren Realisierung alle Schulen beteiligen müssen. Dass das auch für Gymnasien kein Hexenwerk sein muss, zeigen viele von ihnen bereits. Das heißt, dass sie in Teilen in ihrem schulischen Alltag und mit ihren innovativen pädagogischen Unterrichtskonzepten weiter sind als die verantwortlichen Bildungspolitik*innen – an ihrer Spitze der Schulsenator –, die sich an der Zwei-Gliedrigkeit eines längst überholten Schulmodells festtackern, weil sie die Debatten mit den selbsternannten Bildungseliten scheuen. Eher wird von ihnen in Kauf genommen, dass Schulen längst über ihrem Limit arbeiten, dass Lehrkräfte ausbrennen, dass Eltern verzweifeln oder wahlweise in Ressentiments verfallen und vor allem, dass über 20 % unserer jungen Menschen ohne Perspektive bleiben.

Bundesweiter Bildungsprotesttag am 23. September

Unser Land steckt in einer der schwersten Bildungskrisen seit Gründung der Bundesrepublik: Weiterhin hängt der Schulerfolg maßgeblich vom sozialen Status ab, viele junge Menschen verlassen die Schule ohne Abschluss und haben keine Zukunftschancen, das Bildungssystem ist weiterhin auf Aussonderung orientiert, der Lehrer*innenmangel wächst beständig, der Fachkräftemangel verschärft sich und Armut wird reproduziert – um nur einige Aspekte zu nennen.

Über 170 Bildungsorganisationen, Eltern und Schüler*innenvertretungen und Gewerkschaften haben sich deshalb im Bündnis »Bildungswende Jetzt« zusammengeschlossen. Am 23. September richtet sich dieses Bündnis bundesweit sichtbar mit zahlreichen Demonstrationen an die politisch Verantwortlichen, endlich eine Bildungswende einzuleiten.

Die **zentralen Forderungen** des Bündnisses lauten:

- 1 Kita & Schule ZUKUNFTSFÄHIG und INKLUSIV machen**
Es ist höchste Zeit für sozial- und klimagerechte Bildung, die von allen Kindern & Schüler*innen mitgestaltet wird!
- 2 AUSBILDUNGSOFFENSIVE für pädagogisches Personal**
Bis 2035 fehlen 160.000 Lehrer*innen. Und schon jetzt hunderttausende Kitaplätze und über 300.000 Erzieher*innen für eine gute Betreuung.
- 3 100 Mrd. € SONDERVERMÖGEN BILDUNG und dauerhaft 10% des BIP für Bildung und Forschung**
50.000 junge Menschen verlassen die Schule jedes Jahr ohne Abschluss.
- 4 Echter BILDUNGSGIPFEL AUF AUGENHÖHE**
Wer die Bildungskrise lösen will, muss die Leute beteiligen, die tagtäglich mit Kita und Schule in Berührung sind.

Infos zum bundesweiten Bildungsprotesttag und zur gegenwärtig zirkulierenden Unterschriftenliste

»Bildungswende jetzt!« unter <https://bildungswende-jetzt.de/>. Die in Teilen identische Homepage der Hamburger Initiative ist zu erreichen unter hamburg@bildungswende-jetzt.de.

Die hiesige Demonstration am 23. September startet um 12.05 Uhr auf dem Jungfernstieg, die Abschlusskundgebung findet gegen 14.00 Uhr vor dem Bahnhof Dammtor statt.

BUNDESWEITER BILDUNGSPROTESTTAG

23.09. 12:05 Uhr
Jungfernstieg

www.bildungswende-jetzt.de



Tipps und Termine

Seit dem Erscheinen des letzten »Bürger*innenbriefes« haben wir zwischenzeitlich den Zenit überschritten: Seit dem **2. August**, dem diesjährigen **Erdüberlastungstag**, lebt die Menschheit rechnerisch auf Pump über ihre Verhältnisse. In diese Rechnung gehen zwei Faktoren ein, zum einen, »was die Natur im Jahr produzieren und absorbieren kann«, zum anderen, »was die Menschen mit ihrer Lebens- und Wirtschaftsweise verbrauchen«. So gesehen bräuchten wir inzwischen 1,7 Erden, um unseren »Standard« zu erhalten. Im Jahre 2000 fiel der Erdüberlastungstag noch auf den 22. September. Würde alleine die **Bundesrepublik** betrachtet werden, so wäre dieser Tag 2023 bereits auf den **4. Mai** gefallen. Einfach formuliert, würde die Menschheit so leben wie die Hamburger*innen, dann bräuchten wir bereits drei Erden. Mehr dazu in der »Rheinischen Post« vom 2. August unter https://rp-online.de/politik/deutschland/erdueberlastungstag-2023-am-28-sind-die-ressourcen-aufgebraucht_aid-94857821.

Dazu passt diese Ankündigung: Zu einer umfangreichen Bestandsaufnahme und Diskussion der überfälligen **sozial-ökologischen Transformation in Hamburg** kommt es auf den AktionsKonferenzen (Aktiko) **vom 25. bis 27. September**. Das aufwändige Forum mit etlichen Einzelveranstaltungen wird organisiert von Menschen von hamburg.global, des Hamburger Ratschlags und des Zukunftsrats Hamburg, unterstützt von Aktivist*innen



AktiKo LIVE
25.-27. September 2023

Gemeinsam Hamburg Transformieren
Sozial. Ökologisch. Gerecht.

Viele spannende Diskussionen,
Formate, Workshops, und Liveacts

**KOMMT ALLE UND
MACHT JETZT MIT!**

Infos und Anmeldung: www.aktiko.de



25.-27. September 2023
Montag – Mittwoch

Sozial. Ökologisch. Gerecht.

**Die AktionsKonferenz
HAMBURG KANN MEHR!
Markthalle Hamburg**

Täglicher Start 16:30 Uhr, Einlass 16 Uhr, Klosterwall 11

Drei Tage prall gefülltes Programm
und die Anmeldung findest du hier:
www.aktiko.de

aus verschiedensten Gruppen. Den O-Ton gibt es hier: »Wir sind so vielfältig wie unsere Ziele. Ziel der AktionsKonferenzen ist es, die großen »Knackpunkte« = Hebel für eine sozial-ökologische Transformation in Hamburg herauszufiltern, die a) weitgehend konsensfähig, b) politik- und c) aktionsfähig sind. Gefragt ist eine Zivilgesellschaft, die nicht nur an Einzelprojekten arbeitet, sondern sich gemeinsam für eine sozial-ökologische Transformation einsetzt. Wir sollten die 80% Übereinstimmung in Inhalten und Aktionsformen nutzen, statt uns wegen 20% Differenzen auseinanderdividieren zu lassen. Lasst uns bei der Konferenz gemeinsam überlegen, wie wir größere Teile der Hamburger Bevölkerung sensibilisieren und mobilisieren können, mit denen wir auch die Politik zu einem Umdenken bewegen!« Und hier das Programm: www.aktiko.de/programm/.

In diesem Zusammenhang sei noch darauf aufmerksam gemacht, dass die Evangelische Akademie der Nordkirche eine neue Dokumentation zum Thema **Klimapolitik und Ungleichheit** veröffentlicht hat. Darin finden sich alle Vorträge und weiteres Material der **12. Konferenz zur sozialen Spaltung**, die am 19. April in Hamburg stattgefunden hat. Der **Tagungsband** kann zum Preis von 4,30 Euro bestellt werden: telefonisch unter 069/580 981 91, per E-Mail an kundenservice@epd.de.

Wir fahren zusammen, so lautet eine gemeinsame Initiative der Gewerkschaft **ver.di und Teilen der**

Fridays-for-Future-Bewegung. Es geht darum, ein gar nicht so einfach herstellbares Bündnis mit den ÖPNV-Beschäftigten einzugehen und eine gemeinsame Strategie gegen die Klimakatastrophe zu entwickeln. Nicht zuletzt soll mit dieser Kooperation auch erreicht werden, dass mehr Fahrgäste ins Boot der Klimabewegung geholt werden. Und wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, die Anfang 2024 anstehenden Tarifverhandlungen der ÖPNV-Beschäftigten zu unterstützen. »Für gute Arbeit für die Beschäftigten! Für guten und preiswerten ÖPNV für alle!« Solidarität hilft! Wer mehr über die Vorstellungen und Forderungen erfahren will schaut hier: www.wir-fahren-zusammen.de/.



Die Sommerferien sind vorbei, da lohnt sich noch mal der Blick zurück. »Vielleicht ist das, was man »die soziale Schere« nennt«, so Lars Haider am 17. Juli, »selten so gut zu erkennen und zu begreifen wie in den Sommerferien. Die einen fahren selbstverständlich in den Urlaub [...]. Bei den anderen ist das mit der Selbstverständlichkeit so eine Sache.« Der Abendblatt-Chefredakteur führt aus, dass für rund **jede fünfte Person in Deutschland**

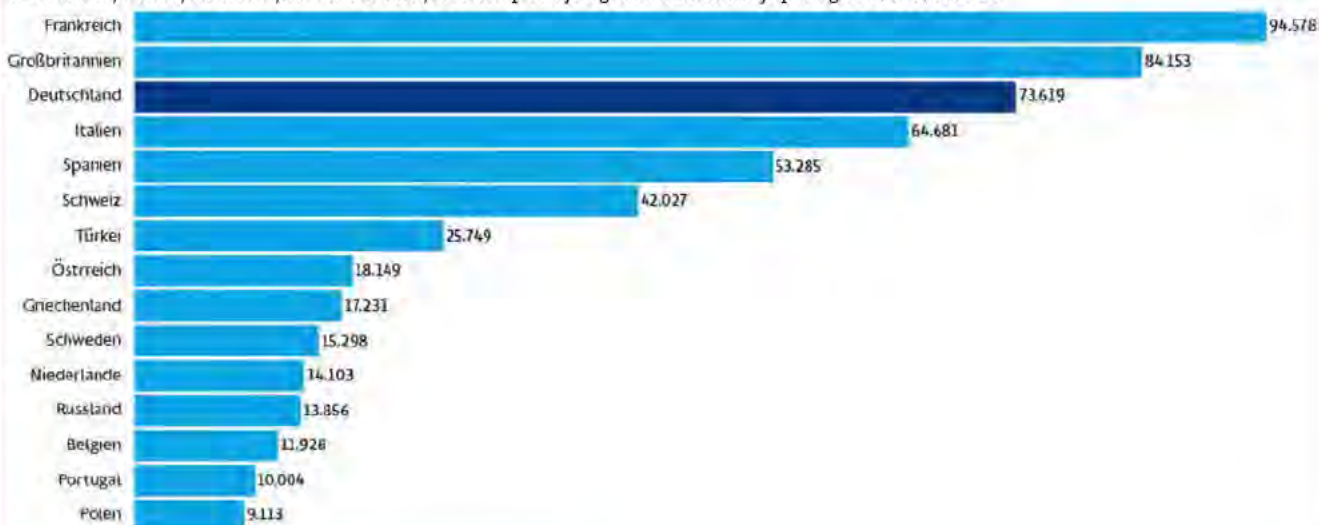
und auch in Hamburg Urlaub aus finanziellen Gründen undenkbar ist, was damit zusammenhängt, dass circa 40 % der Bundesbürger*innen über keine Rücklagen verfügen.

Selbst die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 10. Juli muss feststellen, dass der Anteil der **Flüge mit Privat- und Businessjets** am gesamten Luftverkehr zwar klein ist, »die Emissionen je Passagier sind hingegen groß« (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schneller-schlau/kritik-an-privatjets-grosse-emissionen-je-passagier-19018963.html). 73.619 Starts sollen es im vergangenen Jahr in Deutschland gewesen sein, nur noch getoppt von Großbritannien und Frankreich. Stephan Jersch, umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, hat Ende August mit seiner Forderung, **Privatjetflieger*innen deutlich stärker zur Kasse zu bitten**, für erhebliche Furore gesorgt. Die Senatsantwort auf seine Kleine Anfrage vom 9. Juni ergab, dass in den letzten fünf Quartalen I/2022 bis I/2023 insgesamt 4.714 Privatjetlandungen und 5.587 -starts verbucht wurden, dabei rund 800 Flüge mit sehr naheliegenden Zielen wie Westerland, Hannover, Bremen oder Lübeck (www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/84011/privatjets_am_hamburger_flughafen_subventionierte_klimaungerechtigkeit.pdf). Stephan Jersch in einer Presseerklärung dazu: »Solche Flugziele ab Hamburg zeigen die ganze Klima-arroganz dieser Menschen auf. Diese Strecken lassen sich rasch und problemlos mit der Bahn zurücklegen.

In Frankreich starten die meisten Privatjets in Europa

Starts von Privat- und Businessjets 2022

www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schneller-schlau/kritik-an-privatjets-grosse-emissionen-je-passagier-19018963.html



Grafik: joth / Quelle: WingX / Datenrecherche: Matthias Janssen (Statistik)

Solche unverantwortlichen Flüge gehen auf Kosten der Allgemeinheit – Hamburg muss die Privatjets ausbremsen« (www.linksfraktion-hamburg.de/mit-dem-privatjet-nach-sylt-linksfraktion-will-klimasuender-ausbremsen/). Ein entsprechender Antrag der Linksfraktion wurde auf der Bürgerschaftssitzung am 13. September mit den Stimmen **von SPD, GRÜNEN, CDU und AfD abgelehnt** (www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/84758/privatjets_am_hamburger_flughafen.pdf).

Wer am O-Ton der Linksfraktion interessiert ist, der oder dem sei das Ende Juli aufgenommene zehnminütige **Sommerinterview des NDR** mit der Co-Fraktionsvorsitzenden **Cansu Özdemir** empfohlen. Guckst du hier (und da gibt es auch gleich alle anderen NDR-Gesprächsaufzeichnungen): www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Sommerinterviews-bei-NDR-903-und-im-Hamburg-Journal,sommerinterviews150.html.

By the way, am 28. August wurden die Vorsitzenden Cansu Özdemir und Sabine Boeddinghaus sowie die Stellvertreter*innen David Stoop und Heike Sudmann von den Abgeordneten der **Linksfraktion einstimmig wiedergewählt**. Die beiden Co-Vorsitzenden **Cansu Özdemir und Sabine Boeddinghaus dazu**: »Wir freuen uns über den großen Vertrauensbeweis und das Zeichen der guten Zusammenarbeit in unserer Fraktion! Wir werden weiterhin als einzige soziale Opposition klare Kante für Umverteilung, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte zeigen – für eine Stadt für ALLE! DIE LINKE wird gebraucht. Tag für Tag bringen wir die Anliegen der Stadt in die Bürgerschaft: für bezahlbare Mieten und solidarische Schulen, gegen Rassismus und Diskriminierung. Auch unter SPD und Grünen werden ein paar Wenige immer reicher, gleichzeitig wächst die Armut und immer mehr Menschen droht der soziale Abstieg. Wir haben uns aber auch als einzige Fraktion für eine vollständige Aufklärung des Ermittlungsdesasters rund um den Mord der Nazi-Terrorgruppe NSU eingesetzt, wir ringen als einzige Fraktion für die Rückkehr der Straßenbahn, wir kämpfen gegen Stromsperrungen und die Mieterhöhungen der städtischen SAGA. Wir formulieren Antworten auf die Klimakrise und das Bildungsdesaster und bringen die Arbeit des PUA Cum-Ex immer wieder voran. Hamburgs LINKE in Partei und Fraktion ist und bleibt eine laute und entschiedene Stimme für Solidarität und Gerechtigkeit im Parlament und auf der Straße« (www.linksfraktion-hamburg.de/linksfraktion-bestaetigt-vorsitzende-sabine-boeddinghaus-und-cansu-oezdemir-entschiedene-stimme-fuer-gerechtigkeit-und-solidaritaet/).

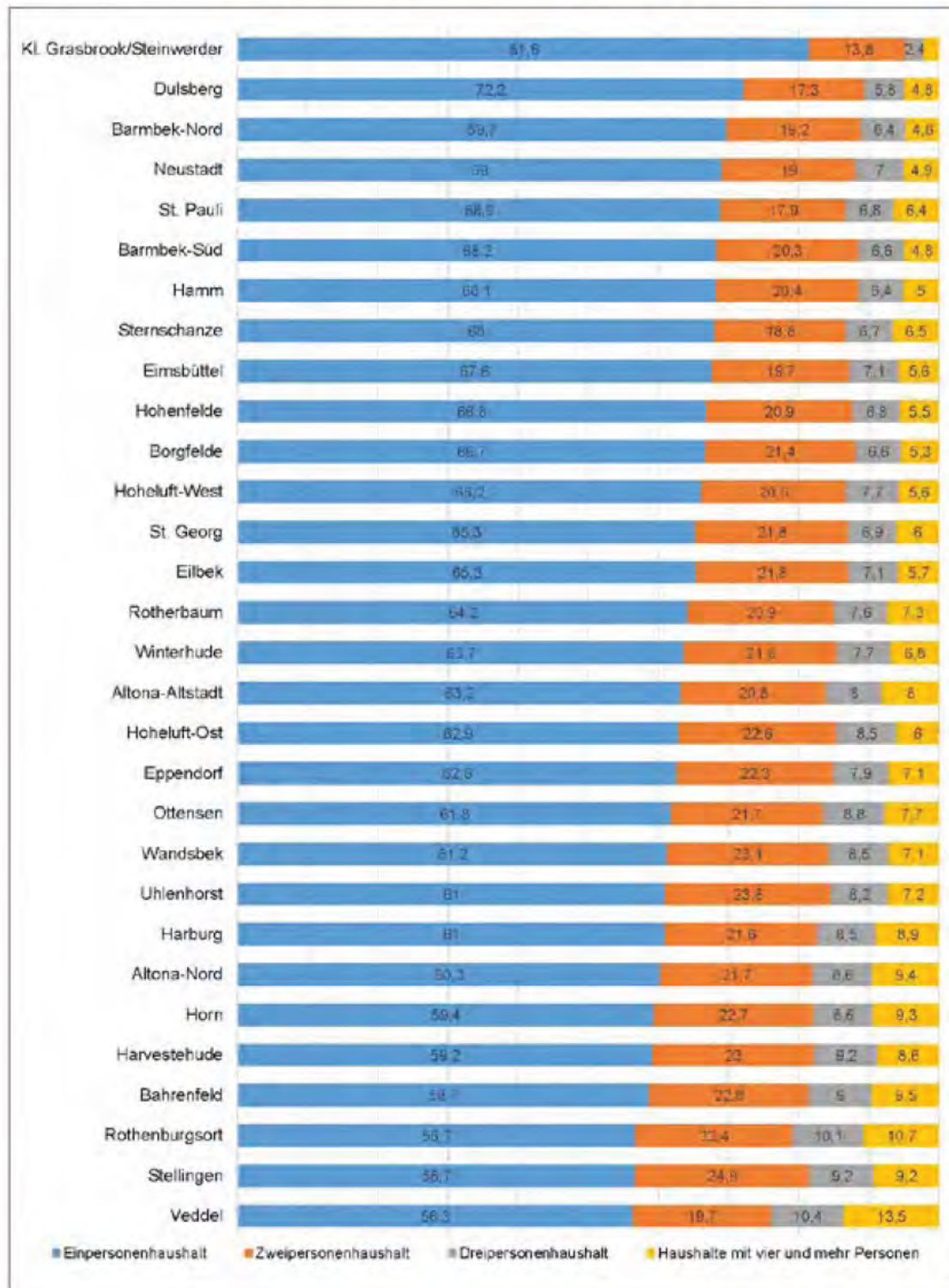
Dass **LINKS wirkt!** – auch ohne Regierungsbeteiligung – behaupten wir ja immer mal wieder. Manches Mal läuft es so, dass Themen oder Anträge von der Linksfraktion eingebracht, von der Bürgerschaftsmehrheit aber abgelehnt werden, um dann einige Zeit später von der Senatskoalition in geringfügig geänderter Fassung aufs Tapet gebracht und verabschiedet zu werden. In mindestens einem Fall lief es nun direkter, wenn auch ebenfalls erst nach längerem Insistieren. Am 31. Mai 2022 hatte DIE LINKE einen Antrag in der Bürgerschaft vorgelegt, den **Besuch der Elbphilharmonie-Plaza auch weiterhin kostenfrei** zu ermöglichen, nachdem ruchbar geworden war, dass er zukünftig Geld kosten sollte (www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/80094/zutritt_zur_plaza_der_elbphilharmonie_muss_kostenfrei_bleiben.pdf). Der Antrag wurde von SPD und GRÜNEN damals abgelehnt. Am 16. August 2023 gab der Senat nun bekannt, dass der spontane Besuch der Elbphilharmonie-Plaza doch kostenfrei bleibt. Der Dank dafür geht an Norbert Hackbusch und seine Mitstreiter*innen, die in dieser Frage immer wieder mit Anfragen und Debatten nachgelegt hatten (www.linksfraktion-hamburg.de/plaza-eintritt-bleibt-frei-senat-folgt-dem-antrag-der-linksfraktion/).



Der Blick von der Elphi bleibt kostenfrei (Foto: Ralf Dorschel)

Wie an dieser Stelle schon wiederholt gemeldet, lohnt der regelmäßige Blick auf die Homepage des Statistikamtes Nord. Nehmen wir die Pressemeldung »Statistik informiert...« Nr. 92/2023 vom 16. August (www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI23_092.pdf). Dort wurden die **Daten zu den Haushalten in den Hamburger Stadtteilen 2022** aufgeschlüsselt. Rund 1.060.000 Haushalte gab es, davon **54,5 % (fast 580.000) Einpersonenhaushalte**; 2019 waren es noch 54,3 Prozent. In 18,0 Prozent der Hamburger Haushalte leben Kinder, allerdings sehr unterschiedlich verteilt, wie die nachstehende Grafik zeigt:

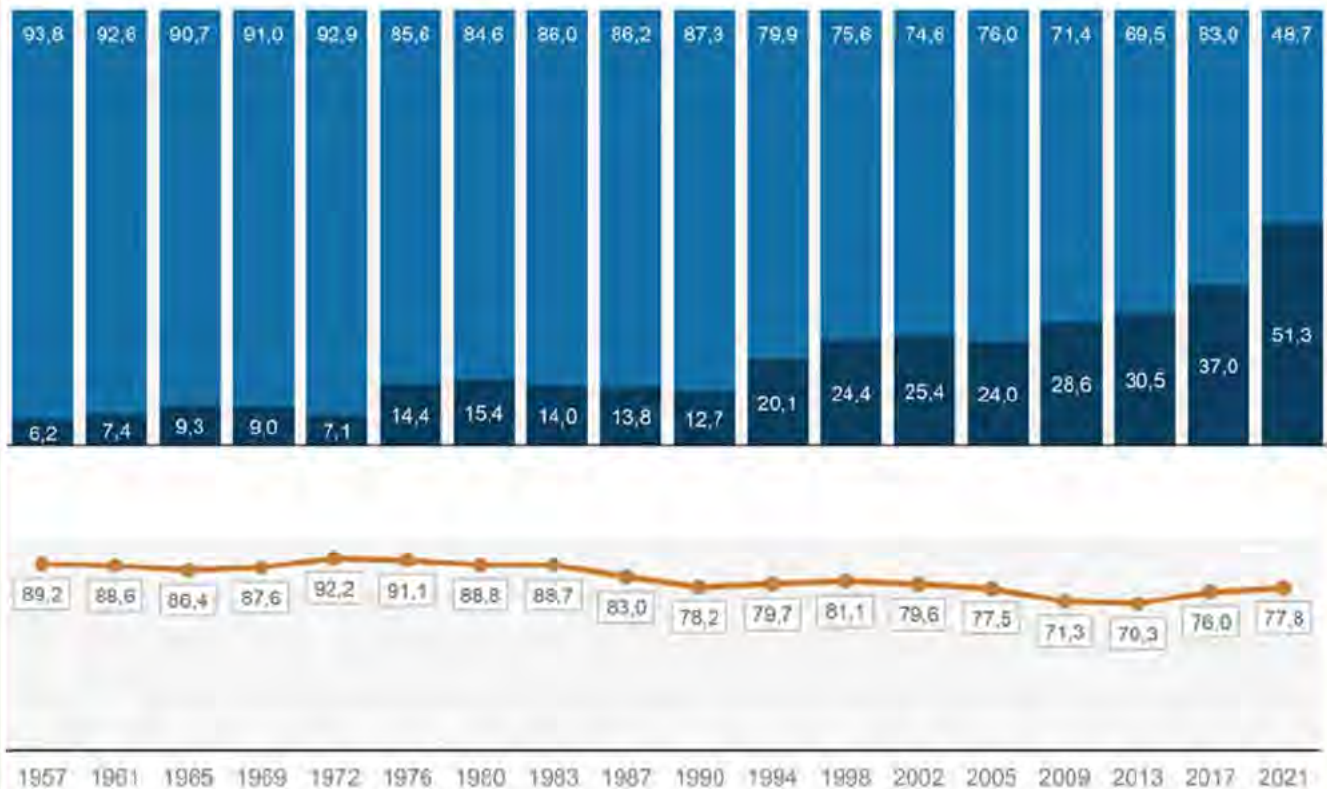
Grafik 1: Haushaltsgrößen in den Hamburger Stadtteilen 31.12.2022
– nach Häufigkeit der Einpersonenhaushalte in Hamburg in Prozent –



www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/bevoelkerung/A_I_11_j_H/A_I_11_j22_HH.pdf

Und weil es mit den Tabellen des Statistikamtes gerade so schön ist, hier auch noch eine vom 18. August (www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI23_095.pdf), eine **Darstellung der Beteiligung an den Bundestagswahlen in Hamburg seit 1957** (die untere Kurve) sowie der **Anteil der Urnen-**

und der Briefwähler*innen in diesem Zeitraum. 2021 hatten die Briefwähler*innen mit 51,3 Prozent erstmals eine Mehrheit gegenüber den 48,7 Prozent Urnenwähler*innen. Was nur allzu deutlich macht, dass der Wahlkampf nicht erst in den letzten Wochen vor dem eigentlichen Termin beginnen sollte.



<https://storymaps.arcgis.com/stories/fe86029453fd428a8008afa11a12416a>

Der halben Vollständigkeit halber sei auch noch mitgeteilt, dass das Statistikamt in seiner Reihe »Statistik informiert...« Nr. 109/2023 vom 29. August auch einen umfassenden Bericht über die **Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen** vorgelegt hat. 15 Seiten pralle Daten und veranschaulichende Karten erwarten die Besucher*innen auf www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/bevoelkerung/A_1_10_j_H/A_1_10_j22_HH.pdf.

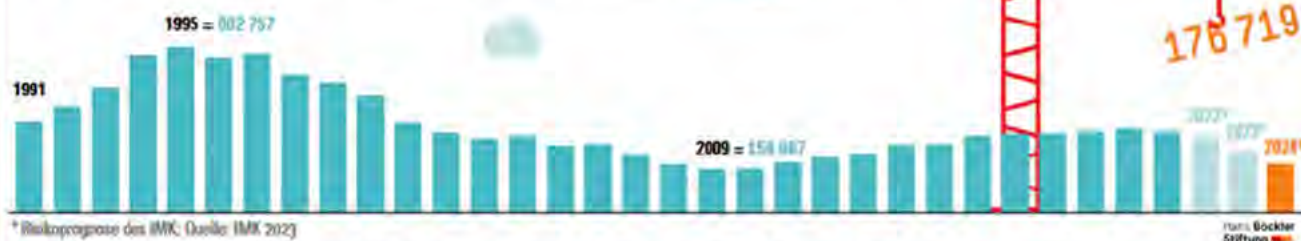
Die Prognosen über den Wohnungsneubau strafen die Ankündigung der Ampelkoalition Lügen: Statt der versprochenen 400.000 neu fertig gestellten Wohneinheiten waren es im vergangenen Jahr lediglich 295.000, in diesem wird mit 223.000 und im kommenden mit nur noch 177.000 gerechnet. Das wäre dann in etwa der Tiefstand von 2009. Das **Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)** der gewerkschafts-

nahen Hans-Böckler-Stiftung (HSB) – namentlich Lukas Jonas, Carolin Martin und Thomas Theobald – analysierte jüngst diese Entwicklung und legte die Ergebnisse in der Studie **Mehr öffentlicher Wohnungsbau zum Erhalt der Kapazitäten? Eine Abschätzung möglicher Rückgänge der Bauaktivität durch gestiegene Zinsen für die Jahre 2023–24** vor. Das Trio plädiert für die Schaffung neuer öffentlicher Einrichtungen, u.a. eine bundesweit agierende Beratungsgesellschaft für die Planung von Wohn- und Stadtteilprojekten, ein auf Expansion ausgerichteter Bodenfonds und ein Beteiligungsfonds, an dem sich Minderheitsgesellschaften beteiligen können, um den öffentlichen Wohnungsbau zu stärken. Siehe auch nachfolgende Graphik.

Das Jugendinformationszentrum Hamburg (JIZ) hat jüngst eine Neuauflage der Broschüre **Wohnen in Hamburg für Jugendliche und junge Erwachsene** gedruckt. Darin finden sich allerlei Tipps zur Wohnungs-

Wohnungsbau schwächelt

So hat sich die Zahl der in Deutschland fertiggestellten Wohnungen entwickelt ...



Aus: Böckler Impuls 12/2023, vom 24.8.2023, S. 6, www.boeckler.de/pdf/impuls_2023_12_gesamt.pdf.

suche und zu finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten, aber auch zu Hilfen in Krisen- und Notsituationen. Das höchst informative, **80-seitige Material** gibt es u.a. beim Mieterverein (Beim Strohhouse 20) und zum Herunterladen hier: www.hamburg.de/jiz/10287826/wohnen-in-hamburg/.



Unter dem mindestens provokativen Titel **Die widerliche Vereinigung** lädt die **links-autonome Szene** zu einer **Reihe von Veranstaltungen** im Zeitraum Ende August bis Mitte Oktober ein. Anlass dafür ist der Um-

stand, dass am Dienstag, den 3. Oktober, dem »Tag der deutschen Einheit«, die bundesweiten Feierlichkeiten in Hamburg begangen werden. Wer sich für das anti-faschistische, antirassistische Programm interessiert, schaut hier: <https://de.indymedia.org/node/300471>. Besonders hervorgehoben sei, dass am Montag, den 2. Oktober, um 19.00 Uhr ab Heidi-Kabel-Platz am Hauptbahnhof eine Vorabenddemo unter dem eingangs genannten Titel stattfindet.

Auch diese Hinweise sind eher etwas für den Kulturtipp, andererseits, für wie viele der deutschen und hamburgischen LINKEN spielen die **Ereignisse vor 50 Jahren in Chile** eine zentrale Rolle in ihrer politischen Biographie?! Vor allem der Putsch der Generäle in enger Abstimmung mit der chilenischen Bourgeoisie und mit Unterstützung des US-amerikanischen Imperialismus am 11. September 1973! Und so wählen wir aus dem wieder höchst attraktiven Programm der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg diese Veranstaltung am **Mittwoch, den 20. September**, um 19.30 Uhr im Atelier Gausz (Gaußstraße 60) aus: **Venceremos! Victor Jara Vive!** »Anlässlich des 50. Jahrestages des faschistischen Putsches in Chile im September 1973 erinnern **Amanda Jara** und **Yolanda de Palma** mit ihrem musikalischen Programm an das Leben und künstlerische Schaffen von Víctor Jara (1932–1973), Amandas Vater. Der legendäre Folksänger, Theaterregisseur und Kommunist unterstützte mit seiner Musik die Volksfrontregierung der Unidad Popular und ihren sozialistischen Präsidenten Salvador Allende. Nach dem Putsch am 11.9.1973 wurden zahlreiche Aktivist:innen und Sympathisant:innen verhaftet, ermordet oder in den Untergrund getrieben. Viele von ihnen wurden verhaftet und in das Nationalstadion in Santiago gesperrt. Am 16.9. wurde Victor Jara im Stadion – das heute seinen Namen trägt – gefoltert und ermordet. Pinochets Mörderbanden gelang es allerdings nicht, die



Erinnerung an Victor Jara auszulöschen. Seine Lieder sind noch immer und nicht nur in Chile sehr lebendig« (https://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/XETJE/venceremos-v%C3%ADctor-jara-vive?).

Um die **Mobilität der Zukunft** geht es in einer **Veranstaltungsreihe** der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) Hamburg in Kooperation mit ver.di Hamburg, dem Gesprächskreis Zukunft Auto Umwelt Mobilität (ZAUM) der RLS sowie der W3_Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V. Im Zeitraum **20. September bis 25. November** werden verschiedene Aspekte beleuchtet. Mehr dazu im Terminkasten und auf der Website <https://hamburg.rosalux.de/news/id/50929/mobilitaet-der-zukunft>.

- **Die Transformation der globalen Automobilindustrie.** Vorstellung einer Studie zu Trends, Deutungen und sozialökologischen Handlungsstrategien, am 20. September, um 19:00 Uhr in der W3_Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V.
- **Streitpunkte Hamburger Verkehrspolitik.** Eine Fahrradrundfahrt, am 7. Oktober, um 14:00 Uhr, ab S-Bahn Rübenkamp.
- **Alternative Straßenbahn - Was damit in Hamburg möglich wäre.** Diskussionsveranstaltung am 18. Oktober, um 19:00 Uhr in der W3_Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V. (Details folgen)
- **Für den ÖPNV streiken heißt fürs Klima streiken!** Das Bündnis von ver.di und Fridays for Future, am 1. November, um 19:00 Uhr in der W3_Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V.
- **Workshop zur kollektiven Strategieentwicklung** für eine gelingende Mobilitätswende, am 25. November, von 10:00 - 16:00 Uhr (Details folgen).

Am **Mittwoch, den 20. September**, 19.00 Uhr, lädt die Flüchtlingshilfe Harvestehude e.V. zu einer **Diskussion zur europäischen Migrationspolitik** ein. Auf dem Podium beteiligt sind Volker Heins und Frank Wolff, Autoren des Buches »Hinter Mauern. Geschlossene Grenzen als Gefahr für die offene Gesellschaft«, Naika Foroutan von der Berliner Humboldt Universität und der Stern-Autor Walter Wüllenweber. Die Veranstaltung findet im Rechtshaus der Universität Hamburg (Rothenbaumchaussee 33) statt.



Der Grenzzaun zwischen Polen und Belarus 30.6.2022 IMAGO/Nur, Foto: Artur Widak

Am **Samstag, den 23. September**, feiert die Altonaer LINKE ihr traditionelles **Fest der Solidarität**, und zwar von 15.00 bis 21.00 Uhr auf dem Kemal-Altun-Platz in Ottensen. Es gibt ein Kinderprogramm sowie ein Bühnenprogramm mit Musik- und Redebeiträgen, Stände mit Essen, Trinken und Informationen von und zu verschiedenen Initiativen, Infostände der LINKEN Fraktion und Partei und ab 18.00 Uhr Filme über Altonaer Begebenheiten. Da schaust du hier: www.die-linke-altona.de/aktuelles/.



Alle drei Tage wird in Deutschland eine Frau durch ihren (Ex-) Partner getötet. Jeden Tag gibt es einen Versuch. Wie hoch das Dunkelfeld der vollendeten und versuchten Femi(ni)zide ist – völlig unklar.« Mit diesen bedrückenden Angaben wirbt die Linksfraktion für eine Veranstaltung am **Sonntag, den 24. September**, die von 11.00 bis 20.00 Uhr im Rathaus stattfindet. Die Konferenz trägt den Titel **SEXISMUS tötet** und wird eine Reihe von Expert*innen und Aktivist*innen zu Gast haben. Mehr unter www.linksfraktion-hamburg.de/sexismus-toetet/. Eine schnelle Anmeldung ist unabdingbar.



Plakat am Hauptbahnhof (Foto: M. Joho)

COSCO, die HHLA, der Containerumschlag, kurz der Hafen ist in letzter Zeit wieder verstärkt im Gespräch. Wie sollte also ein **zukunftsorientierter Hafen** aussehen? Diese Frage werfen die Umweltverbände BUND und NABU auf und laden ein zu einer Diskussionsveranstaltung an Bord einer Barkasse am **Dienstag, den 26. September**, um 16.30 Uhr, Maritime Circle Line, Landungsbrücken 10. An der Debatte **Hafen Hamburg: Quo vadis?** beteiligen sich u.a. Wirtschaftssenatorin Melanie Leonhardt und der Vorstandsvorsitzende des Industrieverbandes Hamburg Matthias Boxberger. Anmeldung unter <https://hamburg.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/hafen/33667.html>.

Ebenfalls an diesem **Dienstag, den 26. September**, aber erst um 18.00 Uhr im AIT-ArchitekturSalon (Bei den Mühren 70), geht es um **Parkhäuser als Katalysatoren für Innenstadterneuerung**. Dazu lädt der noch recht junge Verein Altstadt für Alle ein. Bei dieser Veranstaltung »stellen wir das Kerngebiet der Altküste zwischen Rödingsmarkt und Meßberg, Nikolai- fleet und Zollkanal mit seinen Parkhäusern in den Mittelpunkt: Rödingsmarkt (ist unter Denkmalschutz

gestellt worden, Nutzungsbindung ist offen); Neue Gröninger Straße (wird in ein sozialökologisches Wohn- und Gewerbeprojekt umgewandelt); Große Reichenstraße (bleibt als Parkhaus erhalten); privaten Parkplatz von St. Katharinen (soll perspektivisch umgenutzt werden)« (<https://ait-xia-dialog.de/architektursalon-hh/salongsprache-altstadtkueste-parkhaeuser-als-katalysatoren-fuer-innenstadterneuerung/>). Spannend sicher nicht nur für die Interessierten an einer Neubelebung der Hamburger City!



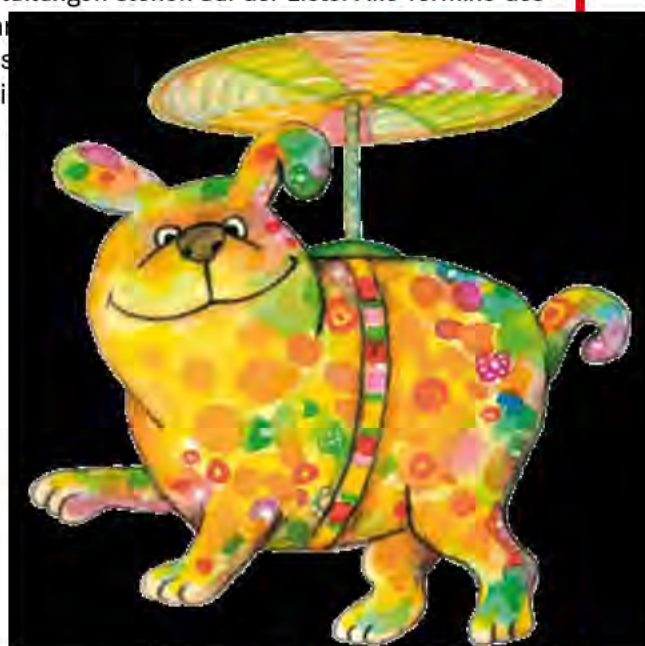
Eigentlich gehört es ja auf die letzte Seite des BB, auf dem wir unseren monatlichen Kulturtipp empfehlen. Allerdings ist oftmals in Hamburg so viel los, dass es schwer, sehr schwer fällt, sich auf ein, zwei Vorschläge zu reduzieren. Von daher hier noch die Ankündigung, dass **vom 28. September bis zum 7. Oktober** das **Filmfest Hamburg 2023** stattfindet. Mehr über diesen Event allererster Güte mit dem gesamten Programm findet sich unter www.filmfesthamburg.de/. Acht internationale Filme werden explizit als politische Filme so gelabelt: »VETO! Unsere Auswahl mit Ausrufezeichen gibt sich mit dem gegenwärtigen Zustand der Welt nicht zufrieden und ist ganz dem politischen Kino gewidmet.« Mehr dazu hier: www.filmfesthamburg.de/ffhh-programm/sektionen/veto/.



Um die **Ganztagsschule als Bildungs- und Wohlfühlort** geht es auf einer Veranstaltung des Arbeitskreises Kinder, Jugend und Bildung der Patriotischen Gesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Hamburg des Ganztagsschulverbandes e.V. am **Dienstag, den 10. Oktober**. Es handelt sich dabei um einen »Fachtag«, der von 10.30 bis 15.00 Uhr im Reimarus-Saal der Patriot*innen (Trostbrücke 6) stattfindet. Er richtet sich an alle Bildungsinteressierten, dient dem Austausch und der Betrachtung von best-practise-Beispielen. Der Teilnahmebeitrag beläuft sich auf 25 Euro. Mehr: www.patriotische-gesellschaft.de/de/aktuelles/veranstaltungen/veranstaltungen-aktuell/.



Mit einem Weltkinderfest am 17. September in den Großen Wallanlagen bereits gestartet, aber **noch bis zum 20. November** laufend, sei hier abschließend das **Internationale Musik- und Theaterfestival Kinder-Kinder** empfohlen. Dutzende, vielfältige und attraktive Veranstaltungen stehen auf der Liste. Alle Termine des diesjährigen Festivals finden sich unter www.kinderkinder.de/.



Fidel Mops, das Wahrzeichen des Festivals seit 2006 (<https://kinderkinder.de/fidelmops.html>)

Comeback einer starken LINKEN

In diesen Wochen wird viel über die krisenhafte Lage und die Perspektive der bundesdeutschen LINKEN diskutiert. Die eine Seite erfreut sich an Untergangsszenarien, die andere unterstreicht die Bedeutung einer auch parlamentarisch agierenden LINKEN für die soziale Ausrichtung dieser Republik. Nehmen wir nachfolgend drei aktuelle Dokumente zur Kenntnis, zum einen die brandaktuelle Resolution des Parteivorstandes vom 9. September, in dem es um die Einschätzung des vor kurzem verabschiedeten Bundeshaushalts geht, zum zweiten den Grundsatzbeschluss des Parteivorstandes vom 10. Juni 2023, in dem die Konturen für das »Comeback einer starken LINKEN« skizziert wird und zum dritten ein Beitrag von Martin Schirdewan und Gregor Gysi vom 24. Juli, der in der LINKEN zurzeit diskutiert wird. Alle drei Dokumente bilden sicher nur einen Ausschnitt aus der vielschichtigen Selbstverortung und Positionierung der LINKEN, sie bieten aber einen guten Einblick in die inhaltliche Debatte jenseits von Krisengerede und Wagenknecht-Hype.



Slogans der LINKEN vom Sommer 2023 (www.shop.die-linke.de/Transparent-Entlastungspaket-p492915066)

Kürzungshammer 2024:

Ampel befördert die gesellschaftliche Spaltung

(Beschluss der Parteivorstandsberatung vom 9. September 2023)

Mitten in der Krise schwingt die Bundesregierung aus SPD, GRÜNEN und FDP den Kürzungs-Hammer. Sie plant einen Haushalt der sozialen Kälte. Es sind drastische Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich vorgesehen, u.a.: Arbeitsmarktmassnahmen, Wohngeld, BAföG, Demokratieförderung, Umweltschutz Jugendverbände, Naturschutz – ja selbst Katastrophenschutz! Die einzigen, die mehr Geld bekommen, ist die Bundeswehr: 17 Milliarden Euro mehr für Aufrüstung. Der größte Verteidigungshaushalt in der Geschichte der Bundesrepublik. Für Panzer ist Geld da, für Kinder und Bildung nicht!

Mit Steuergeschenken für Unternehmen und Einsparungen bei der Sozialpolitik fährt die Bundesregierung das Land sehenden Auges an die Wand. Gewaltige Übergewinne großer Konzerne werden nicht angetastet. Stattdessen wird Bundeszuschuss an die Rentenversicherung um 600 Mio. Euro gekürzt. Statt wie versprochen gegen Altersarmut vorzugehen, wird sie verstetigt. Der Bundeszuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung wird eingefroren. Das führt zu weiter steigenden Beitragssätzen für die Versicherten. Der Bundeszuschuss für die Soziale Pflegeversicherung (1 Mrd. Euro) wird komplett gestrichen: Statt wie versprochen gegen den Pflegenotstand vorzugehen, wird er noch verschärft! Dieser unsozialen Kürzungspolitik der »Fortschrittskoalition« sagen wir den Kampf an: Stoppt den Kahlschlag der Ampel!

Protest gibt es auch von Sozialverbänden und Gewerkschaften. Auch viele Mitglieder von SPD und GRÜNEN sind mit der Kürzungspolitik der Bundesregierung unzufrieden.

Letztes Jahr ist es gelungen, der Ampelregierung zumindest einige Entlastungen abzutrotzen. Jetzt geht es ums Ganze: Entweder die Ampel korrigiert endlich ihren Zerstörungskurs und dreht in Richtung Zukunft oder diese Regierung der gebrochenen Versprechen muss frühzeitig abgelöst werden.

Prominente Wirtschaftswissenschaftler*innen sagen: Es braucht eine Investitionswende. Wir müssen #umsteuern: Schluss mit der Schuldenbremse, her mit der Vermögensteuer! Der Reichtum wird in der Gesellschaft erarbeitet, wir wollen ihn uns zurückholen und in die Zukunft investieren.

Die Ampel ist als eine »Fortschrittsregierung« angetreten und wurde zu einer Koalition der gebrochenen Versprechen. Von dem »Respekt«, den Bundeskanzler Scholz den Menschen in diesem Land versprochen hat, ist nichts übriggeblieben. Jede neue Entscheidung zu Kürzungen und Sparmaßnahmen ist ein Schlag ins Gesicht derer, die jeden Cent zweimal umdrehen müssen und unter Existenzängsten leiden. DIE LINKE wird sich dem mit aller Kraft entgegenstellen!

www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteivorstand/parteivorstand-2022-2024/detail-beschluesse-pv/kuerzungshammer-24-ampel-befoerdert-die-gesellschaftliche-spaltung/.



Der Parteivorstand der LINKEN, 5. und 6. von links die Vorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan (<https://www.die-linke.de/partei/>)

Unser Plan 2025: Comeback einer starken LINKEN

(Beschluss der Parteivorstandsberatung vom 10. Juni 2023)

Die LINKE wird dringend gebraucht. Damit sie aus der Krise kommt, braucht es eine Analyse der Herausforderungen, einen klaren Plan, konkrete Ziele und entsprechende Etappenziele. Wir entwickeln einen Plan, der DIE LINKE wieder auf die Erfolgsspur und in eine erfolgreiche Bundestagswahl 2025 führt.

Die 5-fachen Aufgaben der LINKEN

Die Partei muss *erstens* aktiv die öffentliche Debatte über die Gründung eines konkurrierenden Parteiprojektes aus der LINKEN heraus beenden. Sie muss *zweitens* zu einem erneuten, klaren und zeitgemäßen Profil finden. Letzteres ist mehr als eine programmatisch-kommunikative Aufgabe und hat auch organisationspolitische Konsequenzen: Ein Profil beweist sich erst, wenn es viele Mitglieder sprechen, verkörpern und mittragen. Sie muss daher *drittens* dort, wo inhaltliche Differenzen die gemeinsame Zusammenarbeit blockieren, ernsthafte Klärungsprozesse organisieren. *Viertens* gilt es, aktiv mit entsprechender Kampagnen- und Initiativarbeit, durch Parlamentsarbeit, in Regierungen und kommunaler Verankerung, den praktischen Gebrauchswert der LINKEN herzustellen. *Fünftens* muss DIE LINKE systematisch und deutlich mehr Mitglieder gewinnen.

Aus dieser Problemstellung wird deutlich, dass wenige Korrekturen nicht ausreichen, sondern eine Gesamt-Choreografie erforderlich ist, die die verschiedenen Aufgaben zusammenbindet und in wenig Zeit realistisch bearbeitbar macht.

Unser Plan 2025 – Comeback für eine starke LINKE

DIE LINKE muss ein Comeback initiieren, das darauf zielt, die Partei in den nächsten zwei Jahren für einen erneuten Einzug in den Bundestag bereit zu machen. Mit dieser Strategie muss es uns gelingen, DIE LINKE als historische Errungenschaft samt ihrer vielen engagierten Mitglieder einerseits im Kern zu halten und dennoch andererseits ernsthaft auf die derzeitigen Probleme zu reagieren.

Als politische Führung der Partei müssen wir uns daher auf diese wesentlichen Bausteine verständigen:

① Am Anfang steht die Entscheidung!

Ein klares Bekenntnis zur LINKEN ist Voraussetzung des Comebacks. Wer an konkurrierenden Parteiprojekten arbeitet, kann nicht Teil der Erneuerung sein. Diese Botschaft muss nach innen und außen deutlich werden.

② Klares Profil

DIE LINKE muss ein klares, zeitgemäßes Profil als moderne Gerechtigkeitspartei anbieten. Daher gilt es, ihren politischen Gründungskonsens, insbesondere mit Blick auf ihre programmatische Weiterentwicklung, in der Klima- und Demokratiepoltik zu erneuern. Es darf kein Zweifel darin bestehen, dass DIE LINKE soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit sowie soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte in gleicherweise und überall als Handlungsmaximen unserer Zeit versteht. Ebenso ist und bleibt DIE LINKE die Partei des Friedens, des Antimilitarismus und der internationalen Solidarität. DIE LINKE ist die Partei der Lohnabhängigen-Klasse und zugleich die Partei der sozialen und politischen Bewegungen. Sie verbindet daher

soziale und politische Interessen und widerspricht klar jenen Projekten, die die gegenwärtigen gesellschaftlichen Konflikte in Kulturkämpfe umzudeuten versuchen. Sie arbeitet auf allen Ebenen, in der Opposition wie in Regierungen, im Parlament wie auf der Straße, in der Kommune und den Ländern wie mit ihren europäischen und internationalen Partnern, für fortschrittliche Veränderung. Ihre zentrale Leitplanke ist und bleibt der demokratische Sozialismus.

③ Inhaltliche Klärung

Wie in allen anderen Fragen auch, gilt für die Außen- und Sicherheitspolitik, dass Ausgangspunkte von Klärungsprozessen unsere demokratisch beschlossenen Positionen sind. Von diesen ausgehend diskutieren wir ihre Gültigkeit bei veränderter gesellschaftspolitischer Ausgangslage. Grundsätzlich gilt daher auch, dass inhaltliche Klärungen in den dafür vorgesehenen Strukturen (EWP23, BTWP24) geführt werden. Da es in der Außen- und Sicherheitspolitik jedoch besonderen Diskussionsbedarf gibt, gilt hier besondere Anstrengung. Zum gemeinsamen Austausch dienen daher die Regionalkonferenzen, die Fachtagung anlässlich des KSZE-Jubiläums sowie die Fortsetzung des friedenspolitischen Ratschlags. Der Parteivorstand hat die Verantwortung, politische Differenzen herauszuarbeiten, die die gemeinsame Handlungsfähigkeit der Partei in dieser Thematik blockieren und entsprechende Klärungsformate und Dialogformate zu entwickeln.

④ Gesellschaftlicher Gebrauchswert

DIE LINKE muss in den nächsten zwei Jahren unter Beweis stellen, dass sie gesellschaftspolitisch Einfluss nehmen kann. Dabei gilt insbesondere, die Kampagnenfähigkeit der Partei deutlich zu stärken. Mit der Umsteuern-Kampagne wollen wir das Querschnittsthema der ungerechten Verteilung von Reichtum, Eigentum, Ressourcen und Zeit angehen und dieses Thema Umverteilung zu einem der wahlentscheidenden Themen bei der Bundestagswahl machen (siehe PV-Beschluss 2023/392).

⑤ Öffnung nach außen – Mitglieder gewinnen

Die Partei muss dringend neue Mitglieder gewinnen, die im Bundestagswahlkampf für den Einzug der LINKEN kämpfen. Nicht als Selbstzweck, sondern als logische Bedingung, um den Bundestagswahlkampf auf vielen Schultern zu verteilen. Dazu braucht es Beteiligungsorte auf bundes- wie auf lokaler Ebene sowie eine systematisch angelegte Mitgliedergewinnung. Unser Ziel muss sein, bis 2025 mindestens 10.000 neue Mitglieder für DIE LINKE zu gewinnen.

⑥ Die kommenden Wahlen sind unsere Stärketests

2024 gehen wir nicht nur in die Europawahl, sondern auch in neun Kommunalwahlen und in wichtige Landtagswahlen. Wir begreifen diese Wahlen als Stärketests für die anstehende Bundestagswahl. Das heißt, wir machen hier vor, was im Großen anderthalb Jahre später zu leisten ist. Mit einem neuen, klaren Profil wollen wir beteiligungsorientierte Wahlkämpfe organisieren, die neue Mitglieder gewinnen, unsere internationalen und europäischen Netzwerke ausbauen und zugleich die kommunale Verankerung stärken. In diese Wahlkämpfe stecken wir unsere volle Kraft, für eine starke LINKE als Alternative zur unsozialen Ampelpolitik und gegen den

Rechtstrend. Denn vom Europaparlament über die Länder bis zur Kommune: Tausende Mitglieder sind für DIE LINKE aktiv, übernehmen Verantwortung in Parlamenten, Vereinen und Initiativen. Sie gestalten linke Politik jeden Tag. Ihre Gestaltungspolitik wollen wir stärken.

⑦ Stabilität nach innen – Mitglieder halten, Kreisverbände aufbauen, Zusammenschlüsse stärken, Landesverbände unterstützen, Verankerung ausbauen

Mitgliedergewinnung im großen Stil setzt voraus, dass wir aktive und stabile Kreisverbände haben. Wir müssen daher Konzepte überlegen und bestehende Strukturen (u.a. Aufbauheld*innen) stärken, die unsere Mitglieder in ihrer Arbeit und im Aufbau von aktiven Kreisverbänden unterstützen.

⑧ Verbündete gewinnen

DIE LINKE hat nach wie vor viele Sympathisant*innen, die sich um die Zukunft der Partei sorgen. In der kommenden Zeit gilt es daher, aktiv den Dialog mit ihnen zu suchen, eine mögliche Zusammenarbeit mit Multiplikator*innen zu sondieren und entsprechende Netzwerke auf- und auszubauen.

⑨ Profilierung von Köpfen

Eine neue Zukunft der Partei muss sich auch in neuem Personal ausdrücken. Wir bemühen uns daher aktiv um den Aufbau von Nachwuchstalenten und entwickeln neue strukturelle Ideen für kollektive Verantwortungsübernahme.

⑩ Früh eine Strategie für das Elektorat entwickeln

Für einen sicheren Einzug in den Bundestag 2025 müssen wir möglichst frühzeitig eine Strategie für das Elektorat entwickeln. Das bedarf einer besonderen Anstrengung in Hinblick auf die Ansprache von Nicht-Wähler*innen sowie die Rückeroberung der 1,1 Mio. Stimmen, die bei der letzten Bundestagswahl an die Grünen und die SPD gingen.

⑪ Eine gesunde Partei erneuert sich stetig

Auf dem letzten BPT haben wir bereits die Strukturreformkommission ins Leben gerufen. Ihre Arbeit gilt es in den kommenden Monaten gerade in Hinblick auf die Realisierung ihrer Vorschläge zu unterstützen, sowie weitere Strukturreformen im Dienste der Erneuerung auf den Weg zu bringen.

Etappenziele

Erstes Etappenziel: Europaparteitag im Herbst 2023

Wir nutzen die Debatte zum Europawahlprogramm als Teil der programmatischen Klärung. Der Europaparteitag kennzeichnet den Start in den Europawahlkampf.

Zweites Etappenziel: Jahresauftakt 2024 mit Aktivenkonferenz und Wahlkampfauftakt

Wir gestalten den Jahresauftakt als große Inszenierung unseres Comebacks. Bis dahin müssen verschiedene prioritär gesetzte Bausteine bearbeitet sein. Die anschließende Aktivenkonferenz orientiert auf erfolgreiche Wahlkämpfe und startet eine systematisch geführte Mitgliederkampagne #10.000Linke.

Drittes Etappenziel: Europa- und Kommunalwahlen 2024

Wir nutzen die neue, klare Profilierung in unseren Wahlkämpfen, gestalten diese beteiligungsorientiert und werben nicht nur für die Wahl, sondern auch aktiv für den Eintritt in DIE LINKE.

Viertes Etappenziel: Bundesparteitag 2024

Nicht nur die Einheit der Partei, auch neue Mitglieder und Gesichter bestimmen das Bild der LINKEN.

Fünftes Etappenziel: Erfolge bei den Landtagswahlen

Brandenburg, Sachsen, Thüringen und Hamburg profitieren von der neuen Klarheit.

Sechstes Etappenziel: Bundestagswahl 2025

Wir ziehen souverän wieder in den Bundestag ein.

<https://partei.vorstand/parteivorstand-2022-2024/detail-beschluesse-pv/unser-plan-2025-comeback-einer-starken-linken/>

Damit die Hoffnung zurückkehrt

Unser Plan für ein gerechtes Land

Von **Martin Schirdewan** (Vorsitzender der Partei DIE LINKE) und **Gregor Gysi**

Positionspapier von Martin Schirdewan und Gregor Gysi vom 24. Juli 2023

Aufbruch und Fortschritt hat Bundeskanzler Olaf Scholz zum Start der Ampel-Koalition versprochen. Die Wahrheit ist, noch nie war die Bundesrepublik sozial so gespalten wie jetzt: Die fünf reichsten Deutschen haben mehr Vermögen als 50 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen, d. h. mehr als 42 Millionen Menschen. Dieses Jahr wollen die Dax-Konzerne über 75 Milliarden Euro an ihre Aktionäre ausschütten: Aber für die Sanierung von Schulen oder Schwimmbädern soll kein Geld da sein.

Die großen Energiekonzerne, Wohnungsunternehmen und Lebensmitteldiscounter heizen die Inflation durch überzogene Preis- und Mietsteigerungen weiter an. Die Preise steigen deutlich schneller als Löhne und Einkommen. Dadurch hat die große Mehrheit der Menschen real immer weniger Geld. Und die Bundesregierung? Sie schaut tatenlos zu.

Die Mindestlohnkommission schlägt – gegen die Stimmen der Gewerkschaften – eine Anhebung des Mindestlohns auf lediglich 12,41 EUR vor. Eine Steigerung von etwas mehr als drei Prozent, die von der Inflation mehr als getilgt wird. Denn allein die Nahrungsmittel sind im letzten Jahr um rund 14 Prozent teu-

rer geworden. Eine Lohnsenkung für rund 6 Mio. Beschäftigte im Niedriglohnbereich. Insbesondere der Osten ist Niedriglohnland. Fast jede und jeder Vierte arbeitet in Ostdeutschland im Niedriglohn – und diese Statistik erfasst nur die Vollzeitbeschäftigten. In bestimmten Regionen, wie im Kreis Sonneberg, wo die extreme Rechte triumphiert, ist es sogar jede und jeder Dritte. Die Ostdeutschen haben durchschnittlich niedrigere Renten als die Westdeutschen. 33 Jahre nach der

Wende machen viele Menschen in Ostdeutschland immer noch die Erfahrung, abgehängt zu sein. Sie erleben, dass »der Osten« mit hohen Quoten des Niedriglohns und ungleichen Chancen verbunden ist. Eine Strategie für die Gleichstellung des Ostens hat die Ampel nicht.

Die selbst ernannte Fortschritts-Regierung hat die Menschen enttäuscht. Sie ist mit dem Versprechen angetreten, den Pflegenotstand zu stoppen. Doch der Personalmangel dort wird immer größer, die Pflegeversicherung immer teurer. Und jetzt sollen laut Gesundheitsminister Lauterbach auch noch 20 Prozent aller Krankenhäuser geschlossen werden. Aus der Pandemie hat man offensichtlich wenig gelernt.

Die Ampel wollte die Kinderarmut bekämpfen und Familien unterstützen. Jetzt wird die geplante Kindergrundsicherung von zwölf auf zwei Milliarden zusammengekürzt und das Elterngeld wartet seit 15 Jahren vergeblich auf eine Anpassung an die Inflation. Bundesweit fehlen immer mehr Erzieherinnen und Erzieher und Lehrkräfte. Aber die Schuldenbremse soll wichtiger sein.

Die Mieten gehen weiter durch die Decke. 400 000 Wohnungen wollte die Regierung jährlich bauen, um die Not nach bezahlbarem Wohnraum einzudämmen. Geschafft hat sie nicht einmal 300 000, davon nur 20 000 bezahlbare Sozialwohnungen. Jetzt soll auch noch mit Habecks-Heizungsgesetz eine neue Modernisierungumlage beschlossen werden, die Mieterinnen und Mieter zusätzlich belastet. So wird die Wärmewende nicht gelingen.

Aber statt jetzt zielgerichtete Maßnahmen aufzulegen, um die Menschen in diesem Land sicher durch die Krise zu führen und zumindest die eigenen Regierungsziele zu erreichen, ist die Ampel mit sich selbst beschäftigt. Mehr noch: Scholz, Lindner, Habeck und Co. wollen in der Sackgasse sogar noch aufs Gas drücken und Milliarden bei Sozialausgaben kürzen. Gekürzt wird nicht nur bei Familien mit Kindern, sondern auch in der Wohlfahrtspflege. Mit den geplanten Kürzungen um 25 Prozent drohen massive Einschnitte bei einer Vielzahl von sozialen Angeboten. Ausgerechnet bei der Migrations- und Asylberatung soll um bis zu 50 Prozent gekürzt werden, obwohl die Zahl der Geflüchteten gerade auch infolge von Kriegen auf einem historischen Höchststand ist. Ebenfalls soll bei den Mitteln für die psychosozialen Zentren und die Bundesfreiwilligendienste gekürzt werden. Die Zuschüsse für Kunst und Kultur nehmen ab. Dies ist antizivilisatorisch.

Nicht gespart wird hingegen bei der Rüstung. Vorgesehen ist sogar ein Anstieg von 1,7 Milliarden Euro. 19,2 Milliarden Euro soll die Bundeswehr zusätzlich 2024 aus dem 100-Milliarden »Sondervermögen« für die militärische Aufrüstung erhalten. Rheinmetall erhielt durch das Sondervermögen erst in diesem Monat einen Auftrag der Bundeswehr für mehrere Hunderttausend Artilleriegeschosse im Wert von 1,3 Milliarden Euro.

Statt Aufbruch herrscht Ampel-Ausfall. Das Ergebnis ist fatal: Millionen Menschen wissen nicht mehr, wie sie am Ende des Monats über die Runden kommen sollen. Familien mit Kindern sind besonders betroffen. Kleine und mittelständische Unternehmen leiden unter hohen Kosten, Industriebetriebe drohen mit Abwanderung. Vor diesem Hintergrund macht der nötige soziale und ökologisch gerechte Umbau unseres Verkehrssystems sowie der Energie- und Wärmeversorgung den Menschen immer Angst statt Hoffnung auf ein besseres Leben. Diese Entwicklung gefährdet unsere Demokratie. Die extreme Rechte feiert ein Umfragehoch nach dem anderen. Gemeinsam mit Friedrich Merz macht sie Stimmung gegen sozialen Zusammenhalt, Klimaschutz und Minderheiten.

Die Bundesregierung muss jetzt dringend umsteuern und den Menschen Verlässlichkeit in Zeiten des Umbruchs und der Krisen bieten.

Dafür fordert DIE LINKE:

Löhne und Einkommen erhöhen:

- Wir schlagen einen gesetzlichen automatischen Inflationsausgleich für alle Löhne und Gehälter vor, wie in Belgien¹, Luxemburg², Malta und Zypern. Eine automatische Anpassung an Preissteigerungen, (auch Indexlohn genannt), sichert nachhaltig die Kaufkraft für alle Beschäftigten und verbessert die Verhandlungspositionen der Gewerkschaften. Auch die Binnennachfrage wird stabilisiert.
- + Die regelmäßigen Entgelt-Tarifverhandlungen, in denen dann der Anteil an der Produktivitätssteigerung und am Umverteilungszuschlag verhandelt wird, bleiben davon unberührt. Auch Arbeitsbedingungen, Urlaub, Arbeitszeit etc. werden weiter zwischen den Tarifparteien verhandelt.
- + In der Theorie besteht eine Entgelterhöhung aus drei Komponenten: (1) absehbare Preisentwicklung + (2) steigende Arbeitsproduktivität + (3) Umverteilungskomponente. In der Praxis bleiben die Forderungen und erst recht die Ergebnisse immer häufiger schon hinter der Preisentwicklung zurück. Es wird nicht mehr um eine Erhöhung des Reallohns verhandelt, sondern um die Höhe der Absenkung. Jedoch verbuchen viele Unternehmen Rekordgewinne und der Reichtum in wenigen Händen nimmt zu. Mit einem automatischen Inflationsausgleich verbessern wir nicht nur die Verhandlungspositionen der Gewerkschaften und helfen den Beschäftigten in Betrieben ohne Tarifbindung, sondern bremsen auch die Gierflation (Gewinn-Preis-Spirale) der Unternehmen. Denn überzogene Preissteigerungen würden über die angepassten Löhne schnell wieder als Kosten bei den Unternehmen ankommen.
- + Der marktradikale Mythos der Lohn-Preis-Spirale ist empirisch falsch: Arbeitgeberverbände argumentieren, dass gerechte Lohnforderungen die Inflation weiter anheizen. Oft wollen sie nur die eigenen Gewinnmargen schützen. Untersuchungen der luxemburgischen Statistikbehörde Statec zeigen, dass eine automatische Lohnangleichung an die Inflation nur zu minimalen Steigerungen der Verbraucherpreise führt.
- Wir fordern einen Mindestlohn in Höhe von mindestens 14 EUR, der auch Armut im Alter verhindert. Damit

¹ Belgisches Modell: In Belgien werden die Löhne und Sozialleistungen automatisch erhöht, sobald der Durchschnitt der Verbraucherpreise – der »Index« – gestiegen ist. (Der Index basiert auf den Preisen für 600 Waren und Dienstleistungen. Alkohol, Tabakwaren, Benzin und Diesel werden nicht mit einberechnet). Im Öffentlichen Dienst wird der Lohn mehrmals im Jahr angepasst, im privaten Sektor nur einmal im Jahr – zum 1. Januar. (So gab es für viele Beschäftigte zum 1. Januar 2023 11 Prozent mehr Lohn). Auch die Sozialleistungen und Renten sind in Belgien indiziert und werden entsprechend erhöht.

² Luxemburger Modell: Jedes Mal, wenn der Verbraucherpreisindex (basierend auf einem Warenkorb mit ca. 60 000 Produkten) im gleitenden Semesterdurchschnitt um 2,5 Prozent angestiegen oder gefallen ist, werden die Löhne und Gehälter, aber auch Renten, Ausbildungsvergütungen, Familienzulagen, garantiertes Mindesteinkommen, usw., um 2,5 Prozent angepasst.

würde auch die EU-Mindestlohnrichtlinie umgesetzt werden. Die Richtlinie sieht vor, dass die Mindestlöhne mindestens 60 Prozent des Medianlohns von Vollzeitbeschäftigten erreichen müssen. Außerdem soll die Inflation in die Berechnung des Mindestlohns eingehen. Die Richtlinie muss bis Ende 2024 umgesetzt werden.

- Wir wollen eine Lohnoffensive Ost! Gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften wollen wir für mehr Tarifbindung und flächendeckende Tarifverträge auch dort kämpfen. Unser Ziel: die Löhne in den neuen Ländern bis Ende 2025 (dem Ende der Legislaturperiode) zu 100 Prozent an das Westniveau anzugleichen.
- Tarifvereinbarungen müssen auf Antrag der Gewerkschaft für allgemeinverbindlich erklärt werden – für alle Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten.

Umsteuern:

- Für Millionäre wollen wir die Vermögensteuer wieder erheben: So nehmen wir mehr als 60 Milliarden Euro pro Jahr ein, die den Ländern und damit den Kommunen für Investitionen zur Verfügung stehen.
- Mit einer Übergewinnsteuer für die Krisengewinner sorgen wir für ein Umsteuern in der Preis-Krise. Allein im Jahr 2022 hätten wir im Energiesektor 100 Milliarden Euro durch eine Besteuerung der Übergewinne einnehmen können.
- Menschen entlasten: bis zum Ende der Preiskrise einen rückwirkenden Inflationsausgleich bei Renten, BAföG, Elterngeld und Sozialleistungen! Das stabilisiert wiederum auch die Binnennachfrage.

Rente sichern:

- Solange es noch starke Lohnunterschiede zwischen Ost und West gibt, muss die Hochrechnung der Ostgehälter in der Rente erhalten bleiben. Die Angleichung der Ostrenten darf nicht zum Nachteil der heutigen Beschäftigten führen.
- Für Zeiten im Niedriglohnssektor wollen wir generell für alle Beschäftigten in Ost und West eine Höherbewertung in der Rente einführen. Darum wollen wir die Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristen und verbessern.

Miete bezahlbar machen:

- Wir fordern einen bundesweiten Stopp für Mieterhöhungen und Obergrenzen für die Mieten (Mietendeckel). Die Mietsteigerungen der vergangenen Jahre müssen zurückgenommen oder ausgeglichen werden!
- 250 000 Sozialwohnungen pro Jahr müssen geschaffen werden. Der Staat muss Wohnungen aufkaufen und neue bezahlbare Wohnungen bauen. Öffentlich geförderte Wohnungen müssen dauerhaft in der Sozialbindung bleiben.

Dem Rechtsruck entgegenreten:

- Wir benötigen eine umfassende Unterstützung für die Zivilgesellschaft, die sich überall und oft ehrenamtlich den Rechten entgegenstellt. Unsere Solidarität gilt all jenen, die sich dem Rechtsruck widersetzen und/oder von ihm bedroht werden. Protest, ziviler Ungehorsam und Aufklärung gegen rechts sind eine Bedingung für Demokratie und dürfen nicht mehr kriminalisiert werden. Parteiübergreifend muss über die Gewinnung von mehr Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Strukturen gesprochen. Das gilt für Begegnungen sämtlicher im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien.
- Es gilt jetzt offensiv die sozialen Themen anzugehen, um der großen Mehrheit der Menschen Verlässlichkeit im nötigen Umbau unserer Gesellschaft in Richtung Klimagerechtigkeit zu bieten. Das zeigt den Menschen, dass die Politik handlungsfähig ist und Krisen überwinden statt nur verwalten kann.

Zukunft erbauen:

- Wir wollen öffentlichen Reichtum statt öffentlichem Mangel. DIE LINKE hat einen durchgerechneten Plan, wie wir das Land gerecht machen. Mit unserem sozialen und klimagerechten Investitionsprogramm beseitigen wir den Investitionsstau, bringen Energie- und Wärmewende voran, bauen den ÖPNV aus, sorgen für bessere Bildung mit mehr Personal, für bezahlbares Wohnen und eine gute Gesundheitsversorgung statt Pflegenotstand, mehr Kunst- und Kulturangebote. So entstehen in den kommenden Jahren 1 Million klimagerechte Jobs. Und wir machen den Sozialstaat armutsfest. Dadurch schaffen wir Wohlstand und einen Gewinn an Lebensqualität für alle, statt für wenige.
- Mit unserer Steuerreform generieren wir die nötigen Mehreinnahmen für die Staatskasse und entlasten gleichzeitig bei der Einkommensteuer jene Menschen, die 8.333,33 EUR brutto oder weniger im Monat verdienen.
- Schuldenbremse abschaffen: Investitionen des Staates in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur sind wichtig für die Zukunft. Sie rechnen sich gerade auch für die nachfolgenden Generationen. Es ist ökonomisch sinnvoll, Investitionen, die über Generationen halten sollen, längerfristig zu finanzieren. Selbst wenn die Bundesregierung gegen jede Vernunft an der Schuldenbremse festhält, muss sie die Vermögenden, die extrem Reichen und Krisengewinnerinnen und -gewinner zumindest deutlich gerechter besteuern.

www.die-linke.de/fileadmin/2_Themen/Soziale_Sicherheit/Plan_f%C3%BCr_ein_gerechtes_Land.pdf

Kulturtipp

Die zwanziger Jahre im Fokus

Das Axensprung-Theater wird im Zeitraum 18. September bis 2. Oktober noch einmal seine mitreißenden und aufklärerischen »drei Schauspiele über unsere erste deutsche Demokratie« am Stück präsentieren. Es geht in dieser Trilogie um die ersten Nachkriegsjahre 1919 bis 1923 (»Gier – Weimar, die erhitzte Republik«), die relativ stabilen Jahre 1923 bis 1929 (»Vulkan – Weimar zwischen Glanz und Glosse« und die Untergangsjahre 1929 bis 1933 (»Ruin – Weimar, die geschasste Republik«). Mit Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung kommen alle Programme noch jeweils dreimal zur Aufführung, sie finden allesamt um 19.30 Uhr im Tschaikowsky-Saal (Tschaikowskyplatz 2) statt. Der Kartenpreis ist auf sensationelle 12 Euro, ermäßigt auf 3 Euro herabgesenkt. Mehr unter www.axensprung-theater.de.



Als besonderes Ereignis jährt sich Ende Oktober der dreitägige sogenannte Hamburger Aufstand. Rund 300 Kommunisten nahmen die Waffen in die Hand, um vor dem Hintergrund der katastrophalen Hyperinflation und massenhafter Verelendung doch noch das Ruder herumzureißen und eine sozialistische Republik anzustoßen. Obwohl der Revolutionsversuch gescheitert ist und etliche Tote forderte, hält sich bis heute die Erinnerung an dieses für Hamburg nach 1918 so einmalige Ereignis. Ein Zusammenschluss von verschiedenen Gruppen führt in den kommenden Wochen rund drei Dutzend Veranstaltungen durch, die mit Diskussionen, Ausstellungen und Rundgängen gespickt sind. Auch das »offizielle« Hamburg nimmt in gewisser Hinsicht Stellung. Am 20. September eröffnet das Hamburgische Museum für Geschichte (Holstenwall 24) eine Ausstellung unter dem etwas martialischen Titel »Hamburg 1923. Die bedrohte Stadt«. Zeitgleich wird auch eine neue Buchpublikation mit Aufsätzen verschiedener Autor*innen erscheinen. Alle Veranstaltungen finden sich unter www.100-jahre-hamburger-aufstand.de. ♦

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger*innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg